



Dr. Johannes Fechner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Berliner Bote 14/2014

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich hier die neueste Ausgabe des Berliner Boten präsentieren zu können und darin meine politische Arbeit der letzten Wochen für Sie/für Euch zu dokumentieren:

Bundshaushalt 2015

Als rechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion bin ich für den Einzelplan Justiz mit verantwortlich. Die SPD hat sich erfolgreich für wichtige personelle Verbesserungen für das Deutsche Patentamt und den Generalbundesanwalt eingesetzt.

Wir stellen für Marktwächter in den Verbraucherzentralen 5,5 Millionen € bereit. Aufgabe der Marktwächter ist es, auf dem Gebiet des Finanzmarkts und im Onlinehandel unlautere Angebote aufzuspüren und Verbraucher zu warnen. Durch diese Idee der SPD-Bundestagsfraktion schaffen wir mehr Verbraucherschutz, weil Betrüger in der Finanzbranche jetzt vom Marktwächter effektiv bekämpft werden. Da immer mehr Verbraucher im Internet zu Betrugsoffern werden, hat die Koalition außerdem auf Vorschlag der SPD Haushaltsmittel die Einrichtung eines ganz neuen Referats „Kundenbeziehungen in der Digitalen Welt“ im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz beschlossen.

Darüber hinaus fördern wir den Technologiestandort Deutschland, indem wir 58 neue Stellen beim Deutschen Patent- und Markenamt schaffen. Das reduziert die Bearbeitungszeiten von Patentanträgen deutlich, hilft innovativen Unternehmen und ist so beste Mittelstandsförderung.

Weiterhin erhöhen wir den Personaletat des Generalbundesanwaltes um 700.000 €. Damit soll der islamistische Terrorismus gezielt bekämpft werden sechs zusätzliche Staatsanwälte werden künftig die Ermittlungsverfahren gegen IS-Kämpfer effektiver und vor allem schneller bearbeiten können.

Die Frauenquote kommt – ohne Ausnahmen!

Die Bundesregierung hat sich auf eine gesetzliche Frauenquote von 30 % für die Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen geeinigt. Damit setzt sie ein weiteres wichtiges Vorhaben der SPD aus dem Koalitionsvertrag um. Ich sehe in der gesetzlichen Frauenquote einen zentralen Beitrag zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben. „Nach jahrzehntelanger Diskussion freut es mich, dass wir die Frauenquote endlich auf den Weg bringen. Die bisher vorhandenen unverbindlichen Quotenverpflichtungen haben leider keine Wirkung gezeigt. Nun nehmen wir Großunternehmen in die Pflicht.“

Verbesserungen für pflegende Angehörige erreicht

Von den 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland werden 70 Prozent von ihren Angehörigen zu Hause gepflegt. Das bedeutet eine große Herausforderung. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Familie und Beruf den der Bundestag am 4. Dezember in 2./3. Lesung beschlossen hat, erhalten pflegende Angehörige mehr zeitliche Flexibilität, um Pflege und Beruf besser unter einen Hut bringen zu können.

Beschäftigte, die in Akutfällen z. B. nach einem Schlaganfall eines Angehörigen kurzfristig dessen Pflege organisieren müssen, erhalten nun für die zehn Tage Auszeit von ihrer Berufstätigkeit eine Lohnersatzleistung. Dieses Pflegeunterstützungsgeld ist vergleichbar mit dem Kinderkrankengeld. Es fängt den Großteil des Verdienstaufalles während dieser Zeit auf.

Wer sich von 1. Januar 2015 an bis zu 24 Monate teilweise oder bis zu sechs Monate vollständig von seinem Arbeitgeber für die Pflege eines Angehörigen freistellen lässt, hat Anspruch auf Unterstützung durch ein zinsloses Darlehen zur besseren Absicherung seines Lebensunterhalts. Details des Pflegestärkungsgesetzes sind unter folgendem Link auf der Seite des Gesundheitsministeriums zu finden:

<http://www.bmg.bund.de/pflege/pflegestaerkungsgesetze/pflegestaerkungsgesetz-i.html>

Flüchtlinge - Kommunen bei besonderer Herausforderung unterstützen

Über 50 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Auch in Deutschland suchen derzeit 200.000 Flüchtlinge Schutz vor Krieg und Gewalt. Die Welle der Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung ist groß und zeigt: Die große Mehrheit der Deutschen ist sich unserer humanitären Verantwortung in dieser besonderen Lage bewusst. Gleichwohl ist die logistische und finanzielle Herausforderung für die Städte und Gemeinden sowie für Hilfsorganisationen und Behörden enorm.

Die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge ist für die betroffenen Kommunen ein besonderer Kraftakt, bei dem sie Unterstützung brauchen. Wir dürfen es nicht dazu kommen lassen, dass Städte und Gemeinden mit der Aufnahme von Flüchtlingen überfordert sind. Überfüllte Flüchtlingsheime behindern nicht nur die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen, sie können gleichzeitig Ressentiments und Ablehnung

schüren. Deshalb war es wichtig, dass sich Bund und Länder nun gemeinsam auf ein Gesamtkonzept verständigt haben, um die Lasten der hohen Flüchtlingszahlen gesamtstaatlich zu schultern:

- 2015 auf SPD-Initiative zusätzliche Hilfen in Höhe von 500 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden und weitere 500 Mio. Euro im Jahr 2016, falls die besondere Belastung fortbesteht.
- Im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie durch Übernahme von Impfkosten werden Kommunen und Länder zudem ab 1. Januar 2015 jährlich insgesamt um einen hohen zweistelligen Millionenbetrag entlastet.
- Bundesimmobilien werden zur Unterbringung von Flüchtlingen künftig mietzins-frei überlassen, wodurch Kommunen und Länder jährlich rund 25 Mio. Euro Mietkosten einsparen.

Um Flüchtlingen zu helfen und sie bei der Integration in unsere Gesellschaft zu unterstützen, hat die SPD erhebliche rechtliche Verbesserungen durchgesetzt: Asylsuchende können nun schneller eine Arbeit aufnehmen und selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen. Sie erhalten einen besseren Zugang zu Sprachkursen und können leichter den Wohnort wechseln. Zudem wird die Residenzpflicht aufgehoben, und Asylanträge werden künftig schneller bearbeitet. Das sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer modernen Flüchtlingspolitik.

Besucher aus dem Wahlkreis Emmendingen/Lahr und dem Betreuungswahlkreis Tuttlingen

In den vergangenen Beiden Sitzungswochen kamen 100 Bürgerinnen und Bürger auf meine Einladung nach Berlin. Hier haben sie einen umfangreichen Einblick in die Arbeit von Bundesregierung und Bundestag erhalten. Zudem hatte ich die Möglichkeit, zahlreiche persönliche Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern zu führen.



Die Besucher aus dem Betreuungswahlkreis Tuttlingen unter der Reichstagskuppel

Gespräch mit Bahnchef Grube zur Rheintalbahn

Am 23. November hatte ich einen Termin mit Bahnchef Rüdiger Grube und dem Regionalbeauftragten der Deutschen Bahn AG für Baden-Württemberg zum, Eckart Fricke, zur Trassenplanung der

Rheintalbahn. Grube und Fricke wünschen sich nach der Vorstellung der Gutachten rasche Entscheidungen durch die lokalen Entscheidungsgremien, insbesondere die Kreistage und den Regionalverband. Bestenfalls sollte der Projektbeirat schon im Frühling 2015 eine Entscheidung treffen, die

die Bahn akzeptieren werde. Dies gilt, so Grube und Fricke auf meine ausdrückliche Anfrage auch dann, wenn die Region sich für die Autobahnparallele ausspricht.



Mit Konzernbeauftragten Ecart Fricke und Bahnchef Rüdiger Grube im DB-Tower am Potsdamer Platz in Berlin. (Jet-Foto, Kranert)

Planspiel im Bundestag

Auf dem Foto rechts bin ich mit Johannes des Charon de Saint Germain aus Emmendingen und Salome Berblinger aus Herbolzheim auf dem Dach des Jakob-Kaiser-Hauses des Bundestages zu sehen. Beide haben am 1./2. Dezember auf meine Einladung hin am Planspiel der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen und die parlamentarischen Abläufe kennengelernt.

Bis zu 100 Jugendliche aus ganz Deutschland schlüpfen hier drei Tage lang in die Rollen von SPD-Abgeordneten

im Deutschen Bundestag und erleben spielerisch, wie eine Bundestagsfraktion arbeitet.



Herzliche Grüße

Ihr/Euer

Dr. Johannes Fechner, MdB